

PRESSEMITTEILUNG – 25. August 2014

**Dresdner AfD-Fraktion traf Präsidenten der Handwerkskammer,
Dr. Jörg Dittrich, sowie der Industrie- und Handelskammer,
Dr. Günter Bruntsch, zum ausführlichen Arbeitsgespräch**

Die Fraktion der „Alternative für Deutschland“ (AfD) im Dresdner Stadtrat traf am Freitag, dem 22. August 2014, zu einem ausführlichen Meinungsaustausch mit den Spitzen der Dresdner Handwerkskammer (HWK) sowie der Industrie- und Handelskammer Dresden (IHK) zusammen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Stefan Vogel fasst das Ergebnis zusammen: *„Wir haben sowohl mit der Handwerkskammer als auch mit der IHK für die Zukunft einen kontinuierlichen Informationsaustausch vereinbart und freuen uns auf eine ergebnisorientierte Zusammenarbeit zum Wohl der regionalen Wirtschaft und damit aller Dresdner.“*

Neben den beiden Präsidenten **Dr. Jörg Dittrich** und **Dr. Günter Bruntsch** empfing auch die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der Handwerkskammer Dresden, Frau **Manuela Salewski**, die AfD-Stadträte in den Räumen der Handwerkskammer im Dresdner Industriegelände.

Anliegen des von Offenheit geprägten Gespräches war es vor allem gewesen, die **Erwartungshaltung** beider Verbände - welche zusammen mehr als 100.000 Mitgliedsbetriebe repräsentieren - an die Kommunalpolitik der sächsischen Landeshauptstadt zu erfahren.

Alle Beteiligten waren sich beispielsweise einig, dass bei **Investitionen** wie Schulneubauten der **regionale Mittelstand** gegenüber der Beauftragung von Generalübernehmern bevorzugt werden sollte.

Des Weiteren wurde die **Berufsschulsituation** in der Stadt Dresden und im Kammerbezirk auf der Grundlage des von HWK und IHK gemeinsam durchgeführten Forschungsvorhabens **„Bedarf an berufsschulischen Einrichtungen im Direktionsbezirk Dresden“** erörtert.

Für den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden **Stefan Vogel** kommt es nun vor allem darauf an, *„konträre Sichtweisen von Stadtverwaltung, Stadtrat sowie regionaler Wirtschaft zu einem kooperativen Miteinander zu entwickeln, verbunden mit eindeutigen Zuständigkeiten. Bürokratischen Mehraufwand verursachende Zwangsabgaben wie die Kurtaxe gehören auf den Prüfstand.“*